

[Das Gericht hat Poroschenko freigelassen: Aber ohne Pässe](#)

19.01.2022

Ein Gericht in Kiew hat den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Verhaftung des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko abgelehnt, der des Hochverrats verdächtigt wird. Er wurde gegen eine persönliche Anerkennung vom Gericht freigelassen. Korrespondent.net liefert Details.

Das ist eine maschinelle Übersetzung eines Artikels aus der [Onlinezeitung Korrespondent.net](#). Die Übersetzung wurde weder überprüft, noch redaktionell bearbeitet und die Schreibung von Namen und geographischen Bezeichnungen entspricht nicht den sonst bei [Ukraine-Nachrichten](#) verwendeten Konventionen.

???

Ein Gericht in Kiew hat den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Verhaftung des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko abgelehnt, der des Hochverrats verdächtigt wird. Er wurde gegen eine persönliche Anerkennung vom Gericht freigelassen. Korrespondent.net liefert Details.

Die Entscheidung des Gerichts befriedigt weder Poroschenko noch das State Bureau of Investigation

Das Pechersky-Bezirksgericht in Kiew hat am 19. Januar sogenannte persönliche Verpflichtungen als Präventivmaßnahme für den fünften Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, im „Kohlefall“ festgelegt.

Damit lehnte Richter Olexij Sokolov einen Antrag der Staatsanwaltschaft ab, Poroschenko in Untersuchungshaft zu nehmen und gegen eine Kaution von einer Milliarde Hrywnja freizulassen.

Nach Angaben des Anwalts Igor Golovan darf Poroschenko die Ukraine bis zum 19. März nicht verlassen. Er muss seinen Reisepass oder andere Dokumente abgeben, die ihn berechtigen, ins Ausland zu reisen.

Darüber hinaus ist der Politiker verpflichtet, auf Verlangen des Gerichts, des Staatsanwalts und des Ermittlungsbeamten zu erscheinen; er kann Kiew und die Region Kiew nur mit entsprechender Genehmigung verlassen.

Die Anwälte des Ex-Präsidenten werden gegen diese Maßnahme der Zurückhaltung Berufung einlegen. Auch das State Bureau of Investigation ist mit dieser Entscheidung nicht einverstanden.

„Wir sind der Meinung, dass die Entscheidung des Gerichts, eine Präventivmaßnahme gegen den fünften Präsidenten der Ukraine zu verhängen, nicht sicherstellt, dass sich der Verdächtige Petro Poroschenko korrekt verhält, und daher hat die Staatsanwaltschaft allen Grund, dagegen Berufung einzulegen“, so die Agentur.

Poroschenko selbst glaubt, dass seine Bewegungsfreiheit in der Ukraine und im Ausland eingeschränkt wurde, um seine politische Arbeit zu behindern.

„Ich bin zu mindestens drei Auslandsbesuchen eingeladen worden. Die Beschlagnahmung meines Passes und das Verbot, Kiew zu verlassen, behindern meine politischen Aktivitäten“, sagte Poroschenko im Gerichtssaal und wiederholte diese These anschließend vor einer Kundgebung mit Tausenden seiner Anhänger vor dem Gerichtsgebäude.

Was dem ehemaligen Präsidenten vorgeworfen wird

Seit seinem Ausscheiden aus dem Amt wurden mehrere Strafverfahren gegen Poroschenko angestrengt, aber in keinem kam es zu einem Gerichtsurteil. Die jüngste Strafsache wurde am 18. Dezember 2021 gemeldet.

Ermittler des State Bureau of Investigation versuchten, Poroschenko eine Vorladung zur Befragung in einem Fall von illegalen Kohlelieferungen der selbsternannten „LDPR“ in den Jahren 2014-2015 zuzustellen. Poroschenko ignorierte jedoch die Forderungen der Beamten des Büros und fuhr mit einem Auto ins Ausland.

Die Europäische Solidaritätspartei, deren Vorsitzender er ist, erklärte damals, Poroschenko habe sich auf eine im Voraus geplante diplomatische Reise in die Türkei und nach Polen begeben. Das State Bureau of Investigation erklärte später, dass Poroschenko des Hochverrats verdächtigt werde.

In der Strafsache wird „wegen der Organisation eines kriminellen Plans zur Lieferung von Kohle aus den vorübergehend besetzten Gebieten und zur Unterstützung terroristischer Organisationen der Volksrepublik Lugansk und der Volksrepublik Donezk durch eine Gruppe ukrainischer Staatsbürger im Wert von etwa 1,5 Milliarden Hrywnja“ ermittelt, so das State Bureau of Investigation damals.

„Den Ermittlungen zufolge haben die in das Verfahren verwickelten Personen durch ihre Handlungen den ukrainischen Energiesektor von Russland und terroristischen Organisationen abhängig gemacht“, erklärte das State Bureau of Investigation und wies darauf hin, dass dies die wirtschaftliche Sicherheit der Ukraine untergrabe.

In der Untersuchung wird behauptet, Poroschenko habe unter Ausnutzung seiner Befugnisse den Vertrag über Kohlelieferungen aus Südafrika gekündigt und „auf Ersuchen russischer Vertreter“ die Unterzeichnung von Verträgen über Kohlelieferungen aus dem Donbass erleichtert.

Formal wurde der Vertrag mit Unternehmen mit einer Kiewer Adresse unterzeichnet. Die Staatsanwaltschaft besteht jedoch darauf, dass das Geld für die Kohle an Separatistenführer ging und Poroschenko somit an der Finanzierung terroristischer Organisationen beteiligt war.

Poroschenkos Anwälte und er selbst weisen die Vorwürfe kategorisch zurück. Ihnen zufolge gab der Präsident lediglich die Anweisung, die Kohleversorgung aufzubauen, und ging nicht auf Einzelheiten ein.

Darüber hinaus soll der ehemalige Präsident gesagt haben, dass der Vertrag den Bergleuten Arbeit verschafft habe und sie sich nicht den bewaffneten Formationen der LDPR angeschlossen hätten. Schließlich sehen die Juristen in dem ganzen Schema nicht die eigentliche Tatsache des Verbrechens, das Poroschenko durch den Artikel zur Last gelegt wird – er hat zum Wohle seines Landes gehandelt, nicht zu seinem Nachteil.

Er ist auch ein Verdächtiger in dem Strafverfahren wegen Machtmissbrauchs bei der Ernennung von Serhij Semochko zum stellvertretenden Leiter des ukrainischen Auslandsgeheimdienstes.

Der Politiker ist auch Zeuge in den Fällen der Ernennung von Richtern, der Verbringung von Gemälden über die Grenze, des Zwischenfalls mit ukrainischen Schiffen in der Meerenge von Kertsch, der Übertragung eines Grundstücks und anderen.

Die ukrainische Staatsanwaltschaft teilte mit, dass sie insgesamt 13 Verfahren gegen den ehemaligen Präsidenten eröffnet hat.

Das Pecherskyj-Bezirksgericht in Kiew beschlagnahmte am 6. Januar Poroschenkos gesamtes Eigentum und Vermögen. Der ehemalige Präsident selbst sagte damals, dass er am 17. Januar wieder vor Gericht erscheinen werde.

Auf dem Flughafen Zhulyany, wo Poroschenko am Montag einflog, wollten ihm die Ermittler des State Bureau of Investigation bei der Passkontrolle eine Vorladung aushändigen, aber er weigerte sich, sie anzunehmen, ging durch die Passkontrolle und sprach zu einer Kundgebung seiner Anhänger.

„Mit der Anklage wegen Landesverrats wurden rote Linien überschritten. Es ist eine Herausforderung für uns alle und für die fünf Jahre von 2014 bis 2019, in denen Sie und ich den Staat aufgebaut haben“, sagte er zu den Demonstranten.

Poroschenko ist selbst zur Verhandlung erschienen. am 17. Januar, gegen 17 Uhr, zog sich das Gericht zur Urteilsfindung zurück, und um elf Uhr wurde bekannt, dass die Verkündung am 19. Januar stattfinden würde. Die ganze Zeit über versammelten sich mehrere tausend Poroschenko-Anhänger vor dem Gericht&

Übersetzung: **DeepL** — Wörter: 922

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwaltsgesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.